



Energie-Control Austria für die Regulierung der  
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft  
Rudolfplatz 13a  
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22  
1040 WIEN  
[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

GZ: R SNE G 01/25

Datum 14.11.2025

Unser Zeichen

Bearbeiter/in

Tel

+43 15016512253

GEBU/BAK/2025/0743

Joel TÖLGYES

E-Mail

Joel.TOELGYES@akwien.at

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2026, GSNE-VO 2013 – Novelle 2026)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung.

### Das Wichtigste in Kürze

- Der Entwurf regelt die Gasnetzentgelte für das Jahr 2026. Mit ihnen bekommen die Netzbetreiber die Kosten für Ausbau, Betrieb und Instandhaltung der Netze abgegolten.
- Die Netznutzungsentgelte steigen laut Entwurf im kommenden Jahr für die Haushalte im Schnitt um rund 18,2 % (+ 76,79 Euro inkl USt bei einem Jahresverbrauch von 15.000 Kilowattstunden). Gleichzeitig gibt es eine starke regionale Spreizung. Die BAK sieht die Entwicklung äußerst kritisch.
- Der drastische Anstieg wird durch einen deutlichen Rückgang der Gasnetznutzung verursacht. Das Netz wird von immer weniger Nutzer:innen und für immer geringere Gasmengen verwendet. Die bestehenden Netzkosten müssen daher auf immer weniger Nutzer:innen und eine immer geringere Menge umgelegt werden. Nachdem gasförmige Energieträger (Erdgas, erneuerbares Gas, Wasserstoff) in der direkten Raumwärme keine wirtschaftliche Zukunft hat, wird sich dieser Trend in Zukunft verstärken.
- Das Gasnetz wird durch die geringere Nutzung immer ineffizienter. Aus Sicht der BAK müssen alle Möglichkeiten zur Reduktion der Netzkosten genutzt werden. Dazu zählen:

- Ein rechtlicher Rahmen für attraktive und leistbare Alternativen zur Gasheizung muss geschaffen werden.
- Unwirtschaftliche Gasnetzstränge müssen perspektivisch stillgelegt werden, um teure Instandhaltungs- und Ausbaumaßnahmen sowie unwirtschaftliche Investitionen in neue Gasheizungen zu vermeiden. Dazu braucht es eine gewissenhafte Netzplanung unter Einbindung der Betroffenen, eine vorausschauende Wärmeraumplanung und weitgehende, leicht zugängliche Informationsangebote sowie finanzielle Unterstützung für Verbraucher:innen.
- Verstärkte Wirtschaftlichkeitstests durch die Regulierungsbehörde vor Investitionen in die Gasnetze und eine adaptierte Regulierungssystematik für Gasnetzbetreiber.
- Eine faire Verteilung der Gasnetzkosten auf alle Netznutzer:innen.
- Schutz von vulnerablen Haushalten vor weiteren, drastischen Entgelterhöhungen.
- Gleichzeitig sind aus Sicht der BAK alle Stakeholder gefordert, neben diesen Strukturellen Maßnahmen auch an schneller wirkenden Lösungen zu arbeiten.

### **Zum Inhalt des Entwurfs**

Der gegenständliche Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2026 anzuwendenden Gas-Netzentgelte (§ 72 GWG 2011). Basis für diese Entgeltbestimmung ist das Kosten- und Mengenermittlungsverfahren der E-Control, welches durch den Vorstand der E-Control mittels Bescheid festgestellt wird (§ 69 Abs 1 GWG 2011). Weiters bestimmt diese Verordnung das Verfahren der Kostenwälzung gemäß § 83 Abs 3 GWG 2011, die Ausgleichszahlungen zwischen den Netzbetreibern eines Netzbereichs und das Entgelt für die Verteilergebietsmanager der Verteilergebiete Ost, Tirol und Vorarlberg.

Grundsätzlich möchte die BAK feststellen, dass die wichtigsten Ziele der Regulierung der Gasnetze einerseits in der langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie liegen; andererseits muss dem stetig sinkenden Gasverbrauch auf Haushalts- sowie Industriebene und den weggebrochenen Mengen auf der Fernleitungsebene durch den Wegfall russischen Gases adäquat Rechnung getragen werden. Bei der Überwälzung von geprüften Kosten auf nachgelagerte Netzebenen muss aus Sicht der BAK eine faire Lastenverteilung verwirklicht werden. Darüber hinaus soll die Regulierung darauf Bedacht nehmen, dass die Erreichung von gesamtwirtschaftlichen und klima- und energiepolitischen Zielen bestmöglich unterstützt wird.

Wie von der BAK bereits in ihrer letztjährigen Stellungnahme zur Gas-Systemnutzungsentgelte Verordnung 2025 festgehalten, kommt es aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen (Entgeltexplosion auf der vorgelagerten Fernleitungsebene sowie erneuter Rückgang der Abgabemengen im Verteilerggebiet) erneut zu massiven Entgeltsteigerungen.

Durchschnittlich steigen die Entgelte auf Netzebene 3 im Jahr 2026 österreichweit um 18,2 % oder rund 77 Euro (inkl USt). Besonders hoch fallen die Entgeltsteigerungen in Kärnten (35 %), in Niederösterreich (30,6 %) und im Burgenland (25 %) aus. Dieses Jahr kommt es außerdem auch auf der Netzebene 2 durchgängig zu massiven Entgeltsteigerungen. Durchschnittlich betragen diese 26,9 %. Preistreiber auf Netzebene 2 waren ebenfalls die gesunkenen Abgabemengen, die überwälzten Kosten der Fernleitungsebene sowie die hohe Inflationsabgeltung.

Netzbereich	Netzentgelt 2026 (jährlich)	Veränderung im Vergleich zu 2025 (jährlich)	Mehrbelastung zu 2025 (brutto)
Burgenland	499,35 €	25,04%	€ 120,00
Kärnten	456,62 €	35,0%	€ 142,18
Niederösterreich	356,69 €	30,6%	€ 100,29
Oberösterreich	394,70 €	6,5%	€ 28,72
Salzburg	296,70 €	14,5%	€ 45,18
Steiermark	398,70 €	27,7%	€ 103,73
Tirol	398,48 €	9,1%	€ 39,91
Vorarlberg	300,00 €	12,4%	€ 39,60
Wien	481,67 €	17,3%	€ 85,28
Österreich	416,39 €	18,2%	€ 76,79

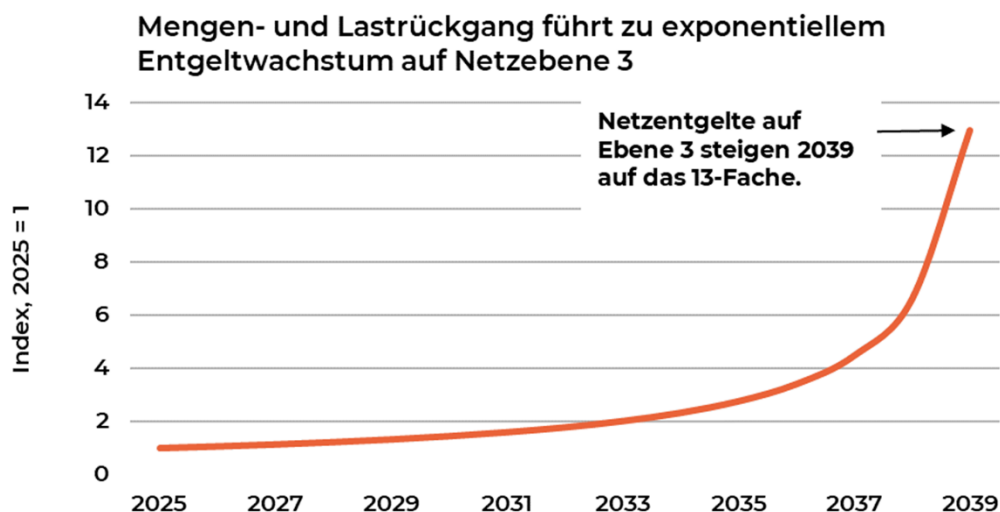


Abbildung 1: Entwicklung der Netzentgelte auf Ebene 3 unter Annahme eines linearen Rückgangs der verbrauchten Menge und der Leistung auf Netzebene 3 bis 2040. Quelle: Eigene Berechnung.

Wie im Verordnungsentwurf festgehalten, sieht auch die Regulierungsbehörde einen startenden Trend bereits seit dem letzten Jahr: Die Entgelte werden in den kommenden Jahren noch weiter steigen, da weiterhin mit sinkenden Abgabemengen und damit einhergehend einer geringeren Tarifierungsmenge, die im Zuge der Kosten- und Mengenermittlung festgestellt wird, zu rechnen ist. Grundlage ist dabei der Durchschnitt der

Gasabgabemengen der letzten drei Jahre: Dieser ist heuer erneut um 8,5 % gesunken. Auch die Übernahme des Mengenrisikos bei den Fernleitungen durch die inländischen Netznutzer:innen und damit einhergehend die gestiegenen Entgelte auf der Fernleitungsebene werden weiterhin für steigende Entgelte sorgen. Für die BAK ist diese Vorausschau mehr als besorgniserregend und es bedarf daher dringender und nachhaltig einschneidender Änderungen, um zukünftige Entgeltsteigerungen abzumildern. Denn Schätzungen der BAK zufolge droht in den kommenden Jahren eine Vervielfachung der Gasnetzentgelte (siehe Abbildung 1).

Dabei sieht die BAK neben der Regulierungsbehörde vor allem den Gesetzgeber und auch die Netzbetreiber selbst in der Verantwortung, zu einer Kostenreduktion, die sich dann entgeltdämpfend auswirkt, beizutragen:

Die Behörde sollte dazu alle Möglichkeiten einer Kostenreduktion bereits im Zuge der Kostenprüfung ausschöpfen, die im Zuge der Regulierungssystematik möglich sind. Überlegt werden muss, welche Investitionsanreize, natürlich unter Wahrung der notwendigen Sicherheitserfordernisse, noch gesetzt werden sollen. Hier fordert die BAK eine eingehende Wirtschaftlichkeitsprüfung durch die Behörde.

Der Gesetzgeber ist gefordert, im Zuge der kommenden Überarbeitung des Gaswirtschaftsgesetzes konkrete Weichen zu stellen, da sich der Einsatz von gasförmigen Energieträgern, vor allem in der Raumwärme, künftig stark reduzieren wird und nachhaltige Alternativen zu fördern. Das liegt einerseits an der dringend notwendigen Dekarbonisierung des Energiesystems und dem damit einhergehenden Ausscheiden von Erdgas aus dem Energiesystem. Andererseits werden erneuerbare Gase aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit und der damit einhergehenden höheren Preise ausschließlich in sehr speziellen Anwendungsbereichen (vor allem in der Industrie) zum Einsatz kommen. Es muss damit zu einer Redimensionierung der Gasnetze kommen, da ansonsten ein unnötig großes Gasnetz von den verbleibenden Netznutzer:innen finanziert werden müsste. Dies erfordert erstens die Verfügbarkeit von attraktiven, leistbaren Alternativen zur Gasheizung. Hier braucht es unter anderem mehr Transparenz und Konsumentenschutz bei der Wärmeversorgung sowie wohnrechtliche Adaptionen, um den Heizungstausch auch in Mehrparteienhäusern sicherzustellen. Zweitens ist eine gut abgestimmte Wärmeraumplanung und – darauf aufbauend – eine Gasnetzstilllegungsplanung notwendig. Diese muss mit ausreichend Vorlaufzeit und unter Einbindung der Betroffenen ablaufen. Zudem muss großer Wert auf Information und zentrale Anlaufstellen für Verbraucher:innen gelegt werden.

Weiters müssen die Netzkosten aus Sicht der BAK fair verteilt werden. Insbesondere die Sozialisierung von hohen Anschlusskosten bei Biogasanlagen muss aus Sicht der BAK hinterfragt werden. Gleichzeitig muss aus Sicht der BAK sichergestellt werden, dass einkommensschwache Haushalte und Mieter:innen, die von sich aus nicht aus dem Gasnetz aussteigen können, ausreichend vor steigenden Netzentgelten geschützt werden.

Schlussendlich zeigt sich allerdings, dass bisher diskutierte Lösungen vor allem mittel- bis langfristig wirken. Dies liegt an der Komplexität des Strukturwandels in der Wärmeversorgung. Dennoch sind laufende drastische Netzentgelterhöhungen aus Sicht der BAK kein tragbarer Zustand. Es braucht dringend weitere kurzfristig wirkende Maßnahmen. Die BAK steht für einen Austausch zu Überlegungen in diese Richtung jederzeit für Gespräche zur Verfügung.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

